

Fusion zweier wichtiger Reformen

David Zuberbühler
redaktion@appenzellerzeitung.ch

Die Räte lieferten sich während der Herbstsession teilweise hitzige Debatten, schluckten Kröten und schlossen gar einen Kuhhandel ab. Nachfolgend nehme ich detailliert Stellung zur Steuervorlage 17, zur Nomination zum zweiten Vizepräsidenten des Nationalrats und zur Übernahme des EU-Waffenrechts.

Meine Ausführungen zur Anpassung der Kriegsmaterialverordnung, wie das in einem offenen Brief gefordert wurde, konnten am Samstag in der «Appenzeller Zeitung» gelesen werden.

Einstehen für die Steuervorlage

Mit der umstrittenen Steuervorlage 17 soll die ermässigte Besteuerung von internationalen Unternehmen abgeschafft werden, da unsere Steuerpraktiken der EU und der OECD seit langem ein Dorn im Auge sind. Die Reform will die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit erhalten und die notwendige Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen wiederherstellen. Mit dem Erhalt der Konkurrenzfähigkeit unseres Standorts sind rund 150 000 Arbeitsplätze und mehrere Milliarden Franken an Steuereinnahmen verbunden. Ich bin für den Wirtschaftsstandort Schweiz und damit auch für die Steuervorlage.

Die Fusion der beiden wichtigsten und schwierigsten Reformen der Gegenwart, der Steuervorlage 17 und der AHV-Reform, ist für mich aber schlicht ein No-Go. Ob die Verknüpfung von zwei aus Sicht des Volkes «schlechten» Lösungen zum Gesamtpaket eine gute Lösung ist, können letztlich wohl die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger entscheiden. Schliesslich wurde bereits unmittelbar nach der Schlussabstimmung im Nationalrat das Referendum angekündigt.

Mit der vom Ständerat diktierten Verknüpfung von Steuer-

reform und Altersreform, also zweier völlig unterschiedlicher Bereiche, wird der in unserer Bundesverfassung verankerte Grundsatz der Einheit der Materie verletzt. Er besagt, dass zwischen den einzelnen Teilen einer Abstimmungsvorlage ein sachlicher Zusammenhang bestehen muss. Und er bezweckt, dass die Stimmbürger ihren politischen Willen frei und unverfälscht bilden und äussern können. Mit der Verknüpfung von Steuervorlage und Altersreform werden die Bürger gezwungen, zu mehreren Themen aufs Mal mit einem einzigen «Ja» oder «Nein» Stellung zu nehmen. Das ist höchst problematisch und undemokratisch. Wäre der Parlamentsbeschluss eine Volksinitiative, würde sie nicht zugelassen – wegen der Verletzung der vorgeschriebenen Einheit der Materie.

Die jetzige Vorlage wird vor dem Stimmvolk nicht mehrheitsfähig sein. Die Steuervorlage droht somit erneut am Referendum zu scheitern. Darunter leidet die Rechtssicherheit. Und genau das schadet unserem Wirtschaftsstandort!

Volk wird über EU-Waffenrecht befinden

Das Parlament möchte die EU-Waffenrichtlinie und damit zusätzliche Verschärfungen im Waffenrecht übernehmen. Der Nationalrat ist bei der Änderung des Waffenrechts von seinem Kollisionskurs mit der EU abgekommen. An dieser Stelle möchte ich einfach nochmals festhalten, dass die Übernahme der EU-



Ausserrhoder Nationalrat David Zuberbühler. Bild: PD

Waffenrichtlinie auch in Zukunft keinen einzigen terroristischen Akt verhindern wird. Weil heute schon klar ist, dass die neuen Massnahmen niemals greifen werden, wird die EU als Konsequenz das Waffenrecht abermals verschärfen. Das kommt daher, weil die EU bei einer entsprechenden Umsetzung der Waffenrichtlinie alle fünf Jahre prüfen muss, ob die neue Gesetzesverschärfung greift respektive, wie sie sich auf die Terrorabwehr auswirkt. Eine weitere Verschärfung des EU-Waffenrechts liegt also auf der Hand. Da die Schützenverbände das Referendum ergreifen, kann das Stimmvolk voraussichtlich auch über diese Angelegenheit abstimmen. Zum Glück!

Nomination zum zweiten Vizepräsidenten

Anlässlich der Fraktionssitzung am Dienstagnachmittag der zweiten Sessionswoche nominierte die SVP den designierten Nationalratspräsidenten für die Jahre 2020/21. Die SVP wählte ihren Favoriten als zweiten Vizepräsidenten des Nationalrats in geheimer Wahl. Neben dem Bündner Heinz Brand, dem Berner Andreas Aebi und dem Freiburger Pierre-André Page hatte auch ich meine Kandidatur angemeldet. Damit wollte ich ein Zeichen für die Ostschweiz, das Appenzellerland, und insbesondere für den Kanton Appenzell Ausserrhoden setzen. Schliesslich präsidierte letztmals 1915/16, also vor über 100 Jahren, ein Ausserrhoder die grosse Kammer! Heinz Brand hat mit 31 Stimmen letztlich das Rennen gemacht. Ich freue mich für ihn und bin überzeugt, dass er 2020/21 die grosse Kammer hervorragend präsidieren wird.

Meine 21 Stimmen und die Erreichung des Schlussgangs werte ich als grosses Vertrauen in meine Person, auf dem sich für die Zukunft aufbauen lässt. Immerhin wurde ich Zweiter von vier Kandidaten. Darüber freue ich mich.

Rücktritte und Auftritte

Andrea Caroni
redaktion@appenzellerzeitung.ch

Manchmal kommt es anders, als man denkt: Als die Herbstsession begann, ging man davon aus, dass sie von der Steuer- und AHV-Reform sowie der Waffenrichtlinie dominiert sein würde. Am Ende aber gab es nur noch ein Thema: den doppelten Rücktritt aus der Landesregierung.

Mit den Bundesräten Schneider-Ammann und Leuthard treten zwei äusserst engagierte Mitglieder der Landesregierung ab. Ich schätze an Bundesrat Schneider-Ammann seinen grossen Einsatz für liberale wirtschaftliche Rahmenbedingungen, aber auch für eine Chancengesellschaft, die er mittels Digitalisierung und Stärkung der Berufsbildung förderte. Dabei diene ihm sein unternehmerischer Hintergrund – eine Seltenheit im Bundesrat. Mit Bundesrätin Leuthard war ich zwar nicht immer einer Meinung. Ich zolle aber auch ihrem immensen Engagement für Land und Leute Respekt, ebenso vor ihrer grossen Sachkenntnis und politischen Statur.

Nun hoffe ich und zähle darauf, dass Ständerätin Keller-Sutter für den Bundesrat kandidiert. Sie würde damit nicht nur meine Wünsche erfüllen, dass die Ostschweiz wieder in den Bundesrat kommt und die Landesregierung mehr Frauen erhält. Sie ist auch schlicht und ergreifend die stärkste Politikerin unter der Bundeshaus-Kuppel. Unabhängig von allen andern Kandidaturen werde ich selber nicht kandidieren, wie bereits in dieser Zeitung zu lesen war. Man sollte einer jungen Familie ein solch allumfassendes Amt nicht antun. Dafür werde ich 2019 mit Herzblut wiederum für das schönste politische Amt überhaupt kandidieren: für eine zweite Legislatur als Ausserrhoder Ständerat.

Zu einigen Sachgeschäften: Für die Steuer- und AHV-Reform (STAF) hatten wir unzählige Tage reserviert. Plötzlich ging es aber schnell, und die Vorlage war fer-

tig. Wie im letzten Sessionsbericht erwähnt, habe ich der Vorlage (der ich sogar den Namen gab) zugestimmt. Wir brauchen diese wichtige Steuerreform dringend. Zwar mussten die Bürgerlichen der Linken weit entgegenkommen, vor allem durch die Finanzspritze in die AHV. Aber nach dem klaren Volksnein zur ersten Version dieser Reform war ein Kompromiss unumgänglich. Es ist einfach, gegen die Vorlage zu wettern – schwieriger bis unmöglich aber ist es, eine bessere Lösung zu präsentieren, die vor dem Volk eine Chance hat. Und ohne Lösung wird es ungemütlich für den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Umstrittenes Waffenrecht

Die zweite brisante Vorlage war die Änderung des Waffenrechts. Nötig wurde sie aufgrund einer Anpassung des Schengen-Rechts seitens EU infolge verschiedener Terroranschläge. Ich will Klartext reden: Die Vorschläge der EU zur Verschärfung des Waffenrechts werden kaum mehr Sicherheit bringen, höchstens etwas mehr Bürokratie. Die Frage ist aber auch hier, was die Alternative bedeutet. Würde die Schweiz hier nicht mitziehen, wären die Verträge von Schengen und Dublin ernsthaft gefährdet. Beide aber sind für die Schweiz sehr wichtig: Schengen sichert uns die EU-Aussengrenzen und vor allem den Informationsaustausch, den unsere Polizei und Strafverfolger dringend brauchen. Dublin wiederum trägt dazu bei, dass nicht alle Asylbewerber, die in einem EU-Staat abgelehnt wurden, in der Schweiz als «Asyl-Insel» ein Zweitgesuch stellen können. Zum Glück haben Bundesrat und Parlament alle Spielräume genutzt, um Schweizer Besonderheiten gerecht zu werden. So bleibt die Armeewaffe unberührt, ebenso die Jagd. Sportschützen und Sammler müssen zwar geringfügig mehr Bürokratie auf sich nehmen, was ich bedaure. Immerhin reicht es bei Sportschützen aber, Mitglied eines Vereins zu sein

bzw. zu werden – das könnte die Schützenvereine sogar stärken. Ich verstehe dennoch Schützenkreise, die keine Freude an der Reform haben. Ich hab auch keine. Hoffentlich aber können die Schützen über ihren Schatten springen und lassen sich nicht von Kräften instrumentalisieren, denen es weniger um die Schützen geht als darum, Schengen/Dublin zu zerstören. Das nämlich hätte tatsächlich negative Auswirkungen auf die Sicherheit der Schweiz.

Erfolgreiche Vorstösse

Persönlich war ich noch in einigen weiteren Geschäften involviert: So vertrat ich als Kommissionsprecher eine Vorlage, die klar macht, wer eigentlich zuständig ist für die Kündigung völkerrechtlicher Verträge. Neu halten wir fest, dass derjenige, der den Vertrag abschloss, ihn auch ändern und kündigen darf. Wenn also ein Vertrag dem Referendum unterstand (z.B. der UNO-Beitritt, die Personenfreizügigkeit oder auch EMRK-Protokolle), soll ihn der Bundesrat nicht eigenmächtig kündigen können.

Sodann kamen verschiedene Vorstösse von mir durch: Der Ständerat überwies ein Postulat, in dem ich eine Überprüfung der „lebenslangen“ Freiheitsstrafe forderte. Der Ständerat nahm als Zweitrat auch eine Motion an, mit der ich eine Überbesteuerung der Säule 3b verlangte. Neu wird die persönliche Vorsorge weniger bestraft werden. Der Nationalrat wiederum nahm meine Motion für fairere Verfahren im Strassenverkehr an. Der Bundesrat muss nun dafür sorgen, dass er bei Führerausweisentzügen rechtsstaatlich korrekt vorgeht. Heute herrscht hier teilweise «Wilder Westen». Weniger Erfolg hatte ich mit der Unterstützung einer Motion von Ständerat Minder, die ein Finanzreferendum forderte. Ausserrhoden kennt das schon lange – warum das beim Bund nicht funktionieren soll, leuchtet mir nicht ein. Nebst allen Geschäften fanden wir wiederum Zeit zum persönlichen Austausch. So trainierte der Tennisclub Bundeshaus mit der Nachwuchshoffnung Jakub Paul (19, Weltnummer 709). Vor allem aber kam auch diesmal die Musik nicht zu kurz: Zusammen mit Ständerätin Karin Keller-Sutter organisierte ich einen Ostschweizer Fraktionsabend. Nebst Appenzeller Käse und Mostbröckli sowie St. Galler Bratwurst (teilweise mit Senf, oh Graus), wurden wir von Hansueli Wälte, Herisau, musikalisch gefordert. Er schaffte es, aus der FDP-Fraktion samt den Bundesräten Schneider-Ammann und Cassis in nur 10 Minuten einen stimmgewaltigen Zäuerli-Chor zu bilden.



Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni. Bild: PD



Die doppelte Rücktrittsankündigung aus der Landesregierung dürfte von der Herbstsession mehr in Erinnerung bleiben als manch Sachgeschäft.

Bild: Thomas Hodel/Keystone